

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17.00 Uhr - 18.52 Uhr

Anwesend waren:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Heino Ammersken für Ratsherrn Herbert Buisker  
Ratsherr Kurt Hannappel für Ratsherrn Holger Klaassen  
Ratsherr Meinhard Meißner  
Ratsherr Hinrich Odinga  
Ratsherr Benedikt Rosenboom  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

#### **SPD**

Ratsherr Jürjen Heinks - Vorsitzender -  
Ratsfrau Berendine Bamminger  
Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Richard Woldmer

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz für Ratsherrn Hermann Züchner

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Heinz-Wilhelm Weber  
Herr Wilfried Wobschall  
Herr Helmut Zimmermann

#### **Von der Verwaltung**

Stadtbaurat Jan Röttgers  
Städt Oberamtsrat Wolfgang Münch FB 400  
Stadtamtmann Volker Grendel  
Stadtangestellte Olga Onnenga als Protokollführerin

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Heinks** eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Heinks** stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist.

**Herr Schulze** bemerkt, dass der Antrag der PDS "Verkehrsberuhigung Neutorstraße" Vorlage Nr. 14/196 zunächst zurückgenommen und ggf. nach Fertigstellung des Verkehrsentwicklungsplanes neu gestellt wird.

Gegen die neue Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002**

---

**Herr Stolz** verteilt an die Ausschussmitglieder einen Auszug aus der Frankfurter Rundschau vom 30.04.2002 mit dem Titel "Flanierzone versöhnt Autofahrer mit Fußgängern" und bittet um Kenntnisnahme.

### **Punkt 3:** Verpflichtung beratender Mitglieder

Mit dem Hinweis auf die ihm nach den §§ 25 bis 27 der Niedersächsischen Gemeindeordnung obliegenden Pflichten wird **Herr Wilfried K. Wobschall** als Stellvertreter für das beratende Mitglied Herrn Zimmermann von **Herrn Heinks** verpflichtet.

### **Punkt 4:** Einwohnerfragestunde

Fragen zu den Beratungspunkten dieser Sitzung werden von den anwesenden Einwohnern nicht gestellt.

### **Punkt 5:** Genehmigung der Niederschrift Nr.1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002

**Herr Stolz** bittet um Berichtigung seines Vortrages zur Vorlage 14/22/1. Er habe nicht einen unsicheren Radweg bemängelt, sondern erklärt, dass es sich dabei in Teilen um einen unsicheren und rechtswidrigen Radweg handelt. Den letzten Satz des 1. Absatzes bezüglich des Verkehrsbeirates bittet er zu streichen, da er dies nicht gesagt habe.

Mit vorstehender Berichtigung wird die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice vom 29.01.2002 genehmigt.

### **Punkt 6:** Vorlage 14/119 Änderung des Gesamtkonzeptes zum Bestand und zur Einrichtung von Fußgängerlichtsignalanlagen und Fußgängerüberwegen in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt Emden; 1. Gemeinsamer Antrag der CDU/FDP-Fraktionen und Fraktion Bündnis 90/Grüne und 2. Antrag der SPD-Fraktion

**Herr Ohling** trägt vor, dass der gemeinsame Antrag der CDU/FDP und der Fraktion Bündnis 90/Grüne aufrechterhalten bleibt. Eltern hätten Angst um ihre Kinder, weil das Queren der Straße zu gefährlich sei, deshalb werden diese Lichtzeichenanlagen gefordert, bekräftigt **Herr Odinga** seine Ausführungen.

**Frau Pohlmann** erklärt, dass auch der Antrag der SPD-Fraktion weiterhin Bestand hat.

**Herrn Schaudinn** interessiert, ob bei Installation einer Lichtzeichenanlage in Hilmarsum auch weiterhin die kostenlose Schülerbeförderung zur Westerburgschule gewährt wird.

**Herr Grendel** bemerkt, die kostenlose Schülerbeförderung würde auch im Fall des Baues einer LSA an der Klosterstraße nach Auskunft des Fachdienstes Schule und Sport weiterhin gewährt werden. Zum besseren Verständnis der in der Vorlage aufgezeigten Verkehrsmengenerhebungen erläutert **Herr Grendel** anhand einer Folie mit den genauen Ergebnissen die Einzelheiten. Aufgrund der geringen Querungszahlen sind die Lichtsignalanlagen (LSA) über die Larrelter Straße am Spiekerburgerweg ( 4 Querungen ) und über die Petkumer Straße am Süderweg ( 6 Querungen ) nicht gerechtfertigt. Nur in Hilmarsum könne man nach großzügiger Auslegung der gesetzlichen Vorgaben eine LSA aufbauen, weil hier, wenn der Schulbus nicht mehr stadteinwärts drehen müsste, die Querungszahlen von 24 auf rd. 40 ansteigen würden. Die LSA vom Süderweg soll dafür zur Klosterstraße (Hilmarsum) umge

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002

---

setzt werden.

**Herr Münch** informiert den Ausschuss darüber, dass bei einer positiven Entscheidung über die 3 Lichtsignalanlagen ein rechtswidriger Beschluss für den Rat vorbereitet würde. In einem solchen Fall sei der Oberbürgermeister verpflichtet, diesen Beschluss nicht auszuführen, er sei vielmehr nach § 65 Niedersächsischer Gemeindeordnung verpflichtet, die Kommunalaufsicht einzuschalten.

**Herr Röttgers** schlägt dem Ausschuss vor, die noch zur Verfügung stehende Zeit bis zur Ratssitzung zu nutzen, die Fakten zu überdenken und diese noch einmal innerhalb der Fraktionen zu diskutieren.

In der sich daran anschließenden Diskussion wird von **Herrn Schaudinn** darauf hingewiesen, dass in der Ratssitzung am 07.03.2002 die Haushaltsmittel für diese 3 Fußgängerlichtsignalanlagen bereitgestellt worden sind. Die Anträge über die Aufstellung der 3 Ampeln seien im Wahlprogramm fest gelegt worden und würden durchgesetzt. Eine erneute Beratung in den Fraktionen würde keine Änderung mit sich bringen, der politische Wille sei klar erkennbar.

Als Ratsherr stehe man in der Pflicht der Wähler, betont **Herr Odinga**, eine erneute Diskussion in den Fraktionen bringe kein anderes Ergebnis. **Herr Woldmer** teilt diese Meinung und schlägt vor, über die Anträge zu beschließen.

**Herr Grendel** verweist nochmals auf die rechtliche Situation. Die neue Erlasslage, die ablehnenden Stellungnahmen des Straßenbauamtes Aurich und der Bezirksregierung Weser-Ems, wie auch die Rückfrage beim Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr haben den bindenden Charakter der Richtlinie ergeben. Abweichungen seien nur in geringem Maß und nur mit besonderer Begründung zulässig, dies sei nur in Hilmarsum der Fall. Ein positiver Beschluss des Ausschuss für alle 3 LSA sei auf jeden Fall rechtswidrig.

**Herr Röttgers** zitiert den §§ 65 der Nds. Gemeindeordnung (s.h. Anlage). Es gibt hier "kein Vertun" bemerkt er weiter; ein Beschluss alle 3 LSA zu installieren, könne nicht akzeptiert werden! Die Entscheidung läge dann bei der Bezirksregierung, die nach Lage der Dinge in diesem Fall wohl den Beschluss korrigieren würde.

**Herr Grendel** bittet **Herrn Zimmermann** die Sichtweise der Polizei darzulegen. **Herr Zimmermann** erwidert, dass nur die Fußgängersignalanlage für Hilmarsum in Höhe Klosterstraße seitens der Polizei Zustimmung findet. Weder am Süderweg noch am Spiekerburger Weg würde die Polizei eine LSA für erforderlich halten.

**Herr Rosenboom** betont, die Ampeln seien politischer Wille, auch wenn die Bezirksregierung den Beschluss als rechtswidrig ansehe, wir bleiben dabei!

**Herr Grendel** weist darauf hin, dass ein rechtswidriger Beschluss "keine Lappalie" sei und eine Korrektur durch die Aufsichtsbehörde keinen guten Eindruck hinterlässt.

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002

---

### Beschluss:

1. In der L2 in Hilmarsum wird in Höhe der Einmündung Klosterstraße eine neue Fußgängerlichtsignalanlage installiert. Die vorhandene Lichtsignalanlage in der L2 am Süderweg in Jarßum wird nicht umgesetzt, sondern verbleibt an ihrem Standort.
2. In der L2 in Larrelt wird in Höhe der Querungsstelle Spiekerburger Weg (Alte Batterie) eine neue Fußgängerlichtsignalanlage installiert.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 1  
Enthalt.: 2

Punkt 7: Vorlage 14/196  
Verkehrsberuhigung Neutorstraße;  
- Antrag des Ratsmitgliedes Kai.-Uwe Schulze -PDS- vom 15.01.02

Ergebnis: Vom Antragsteller zurückgezogen!

Punkt 8: Vorlage 14/197  
Verkehrsberuhigung Cirksenastraße;  
- Antrag des Ratsmitgliedes Kai-Uwe Schulze -PDS- vom 15.01.02

**Herr Schulze** bittet dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und dem abweichendem Beschluss zuzustimmen.

### **abweichender**

### Beschluss:

Dem Antrag ist insoweit stattzugeben, dass durch die Aufstellung eines Z 262 "6 t" anstelle des vorhandenen Z 262 "8 t" das zulässige Gesamtgewicht reduziert wird, nicht aber hinsichtlich der Reduzierung auf 4,5 t und einer Höchstgeschwindigkeit für LKW von 10 km/h.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 14/198  
Wanderweg am Larrelter Tief  
-Antrag der FDP-Fraktion vom 13.01.2002-

Kenntnis genommen.

Punkt 10: Vorlage 14/199  
Kostenlose Benutzung der Busse im Stadtverkehr an Samstagen;  
- Antrag des Ratsmitgliedes Kai-Uwe Schulze, PDS, vom 01.11.2001

Kenntnis genommen.

Punkt 11: Vorlage 14/200  
Kostenfreies Parken an Samstagen auf bewirtschafteten Parkplätzen;  
Sachstandsbericht

Nachdem **Herr Grendel** die Mitteilungsvorlage näher erläutert hatte, empörte sich **Herr Rosenboom** über die Vorgehensweise der Verwaltung. In seiner 16-jährigen Ratstätigkeit habe er eine solche Vorlage noch nie gesehen. Das sei ein "Schildbürgerstreich". Er halte das alles für eine Verzögerungstaktik, deshalb fordere er die Verwaltung auf, den klaren Mehr

## **Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002**

---

heitsbeschluss ganz zügig umzusetzen, sonst würde er sich wegen Untätigkeit der Verwaltung an die Bezirksregierung wenden.

**Herr Grendel** erwiderte, dass er unmittelbar nach Bekanntwerden des genauen Ratsbeschlusses damit begonnen habe, die verkehrsbehördlichen Anordnungen festzusetzen. Dass die Umsetzung der neuen Regelung mit einem riesigen Aufwand verbunden sind, habe er bereits in der letzten Sitzung erwähnt.

**Herrn Rosenboom** interessiert nur, wann endlich der Beschluss umgesetzt wird. **Herr Münch** erklärt, was dieser Ausschuss zu vertreten habe, wurde sofort umgesetzt. Für die Beschaffung und Ermittlung der Schilder, evtl. Ausschreibung, Ermittlung der Kosten usw. sei der BEE also der Werksausschuss zuständig.

**Herr Röttgers** wird über das Protokoll beantworten, wann was abgearbeitet wird.

### **Anmerkung der Protokollführerin:**

Aufgrund eines neuen Antrages der CDU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Ratsbeschlussänderung dahingehend, zukünftig auf die Parkscheibe am Sonnabend zu verzichten und damit am Sonnabend kostenfrei parken zu können, ist ein protokollarischer Sachstandsbericht nicht mehr erforderlich.

**Punkt 12:** Mitteilungen des Oberbürgermeisters

#### **d) Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Freigabe der Brückstraße für den Fahrradverkehr**

**Herr Grendel** trägt vor, dass von insgesamt 7 eingereichten Widersprüchen zwischenzeitlich 5 Widersprüche nach diversen Gesprächen zurückgenommen wurden. Die verbleibenden 2 Widersprüche, unter anderem die Freigabe der Brückstraße, wurden mit einem Bericht der Verwaltung, den der ADFC in Kopie erhalten hat, an die Bezirksregierung Weser-Ems als Widerspruchsbehörde abgegeben. Diese Entscheidung ist nun abzuwarten.

**Herr Stolz** schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, damit Ratsbeschlüsse zügig umgesetzt werden. Die Öffnung der Brückstraße für Radfahrer zu bestimmten Zeiten sei auch einhelliger Wunsch der dort ansässigen Einzelhändler. ADFC und Bündnis 90/Die Grünen sehen keine Gründe, das Radfahren in der Brückstraße nach Geschäftsschluss zu verwehren. **Herr Stolz** erklärt, dass auch Herr Lieke als ehemaliger Dezernent dem ADFC nur beigetreten sei, weil er das Verhalten der Verwaltung in dieser Sache für falsch hält. **Herr Röttgers** erwidert, dass die Entscheidung über den eingelegten Widerspruch jetzt bei der Bezirksregierung läge.

**Kenntnis genommen.**

#### **e) Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Beschilderung vor den neuen Kino.**

**Herr Grendel** merkt an, dass das umstrittene Verkehrszeichen entfernt wurde, da es auf Grund ausreichender gesetzlicher Bestimmungen überflüssig ist.

#### **f) Anfrage von Herrn Bolinius im Verwaltungsausschuss am 04.03.2002 hinsichtlich der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Soziale Dienste.**

**Herr Grendel** erklärt, dass nach erstmaliger Erfassung der ausgestellten Genehmigungen

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002

---

aus den Bereichen Anwohner, Gewerbetreibende, Handwerker und Soziale Dienste Mitte 2000 festgestellt wurde, dass über 1.500 Genehmigungen für die 1.100 bewirtschafteten Stellplätze ausgestellt waren. Aus diesem Grunde musste die Vergabep Praxis überprüft und neu geregelt werden. Für alle Gruppen wurden erweiterte Richtlinien geschaffen und bestimmte Einschränkungen erlassen. Im Bereich der Handwerker und Sozialen Dienste, so **Herr Grendel**, fielen besonders die zahlreichen Genehmigungen für Privatfahrzeuge der Bediensteten auf, deren Beschäftigungsverhältnisse nicht geprüft werden konnten. Des Weiteren sind viele der Kräfte nur Teilzeitkräfte und haben mit dem Ausweis die Möglichkeiten in der gesamten Innenstadt kostenfrei zu parken. Aus diesen Gründen, so bemerkt **Herr Grendel** weiter, wurde festgelegt (siehe abliegenden Richtlinienauszug), dass die Genehmigungen nur noch für Betriebsfahrzeuge ausgestellt werden. Dies wurde den Betrieben im September 2000 schriftlich mitgeteilt. Als Übergangslösung wurden bis Ende 2000 alle betroffenen Genehmigungen noch einmal verlängert, um den Betrieben die Möglichkeit zur Umstrukturierung zu geben. Viele der Betriebe haben auf Dienstfahrzeuge umgestellt. Die Anzahl der ausgestellten Genehmigungen sind trotz Zulassung neuer Gruppen (z.B. Arzneimittelfahrzeuge usw.) zurückgegangen.

**Herr Grendel** berichtet weiter, dass auch die Probleme mit den Handwerksbetrieben in einer Besprechung ausgeräumt wurden.

### g) **Anfrage von Herrn Südhoff im Verwaltungsausschuss am 18.02.2002 hinsichtlich der Notfallparkplätze am Krankenhaus**

**Herr Grendel** weist darauf hin, dass die bewirtschafteten Parkplätze vor dem Krankenhaus verhindern, dass sich auf diesen Parkplätzen Bedienstete oder andere Dauerparker aufhalten können. So finden auch Patienten im Notfall einen Parkplatz. Natürlich kann es in solchen Fällen bei verständlichem Nichtlösen des Parkscheines zu einer Verwarnung kommen, da die Politesse ja nicht wissen kann, dass es sich um einen Notfall handelt.

Da das OWi-Verfahren jedoch ein offenes Verfahren ist, das Rückäußerung des Verwarnten zulässt, kann man solche Fälle beim Nachweis des Notfalles einstellen, dies ist auch in dem in der Zeitung geschilderten Fall geschehen.

### **Punkt 13:** Anfragen

#### a) Bushaltestelle Courbieréstraße

**Herr Meißner** trägt vor, dass er vor allem von älteren Leuten des öfteren darauf angesprochen worden ist, dass die Bushaltestelle Petkumer Straße / Courbieréstraße eine Gefahrenstelle ist.

**Herrn Grendel** ist dieses Problem bekannt. Der Antrag sei ebenfalls im vergangenen Jahr abgelehnt worden, weil die LSA Friedrich-Ebert-Straße nur 150 m entfernt ist und die Queungszahlen nicht ausreichen.

#### b) Bahnhofsvorplatz

**Herrn Rosenboom** ist aufgefallen, dass sich auf der rechten Abbiegespur vom Bahnhofsvorplatz immer sehr lange Schlangen bilden und viele diese verkehrswidrig umfahren.

**Herr Grendel** erwidert, dass eine Spurenaufteilung vorhanden, aber abgefahren ist. Wegen der geplanten Bahnhofsumgestaltung wurde die Markierung nicht wieder erneuert, da die haltbarere Version in Heißplastik sehr teuer sei.

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 15.05.2002

---

### c) Abgas-Abzugsanlage der Feuerwehr

**Frau Pohlmann** berichtet über Beschwerden von Anwohner über laute Geräusche bei der Feuerwehr.

**Herr Münch** vermutet, dass es sich um die neue Abgas-Abzugsanlage der Feuerwehr handelt.

**Herr Weber** erklärt, dass diese "Höllmaschine" nervt.

**Herr Münch** berichtet, dass Herr Lenz sich mit der Herstellerfirma in Verbindung gesetzt habe, damit Abhilfe geschaffen werden kann.

**Herr Röttgers** bittet Herrn Lenz um einen Sachstandsbericht.

### d) Öffnungszeiten der Eisenbahnbrücke

**Herr Meißner** berichtet aus eigener Erfahrung von den langen Wartezeiten ( bis zu 2 Stunden ), die Bootfahrer vor der Eisenbahnbrücke über den Alten Binnenhafen erdulden müssten. Hier bestehe dringend Handlungsbedarf.

**Herr Röttgers** bemerkt, dass hier nur ein Appell an die Bahn, die Öffnungszeiten einzuhalten, Nutzen bringt.

### e) Verkehrsinsel Trogstrecke

**Herr Davids** trägt vor, dass viele Kollegen von den TSNW an ihn herangetreten sind mit der Frage, ob die Verkehrsinsel in der Trogstrecke nicht entfernt werden kann.

**Herr Woldmer** erwidert, dass er dies Problem bereits im Werksausschuss angesprochen habe. Von Herrn Bruns (BEE) wurde ihm erklärt, das aufgrund der Beschaffenheit der Verkehrsinsel dies nicht möglich sei.

**Herr Röttgers** erklärt, dass die Beseitigung tatsächlich aufgrund der Beschaffenheit unglaublich aufwendig und mit enormen Kosten verbunden sei. Außerdem bringe die Beseitigung nur Platz für einen weiteren Aufstellplatz zum Linksabbiegen.

**Herr Woldmer und Herr Davids** sehen nach Beseitigung der Verkehrsinsel Platz für mindestens 6 bis 7 Fahrzeuge zum Linksabbiegen.

**Herr Heinks** bittet auch hier um einen kurzen Sachstandsbericht durch den BEE.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.52 Uhr.